

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druck und Verlag von Kiepsch & Reichardt in Dresden.

Lobeck & Co. | **Milch-Chocolade**
Hoflieferanten Sr. Maj. d. Königs v. Sachsen. | No. 600.
Einzelverkauf: Dresden, Altmarkt 2.

Ganzheitsbücherei:
Marienstraße 38/40.

Verlagsbüro
vertritt für Dresden
bei allen Zeitungs-
bestellungen
und Anzeigen
auf dem
Landes-
postamt
Dresden
No. 11
und 2096.

Angelien-Zeit
Anzahl von
Anzeigen
für Dresden
am
Freitag
den 18. Oktober
1907.
Die
Anzahl
der
Anzeigen
auf
der
ersten
Seite
ist
20
Stück.
Die
Anzahl
der
Anzeigen
auf
den
weiteren
Seiten
ist
10
Stück.
Die
Anzahl
der
Anzeigen
auf
den
weiteren
Seiten
ist
10
Stück.

Heinrich Meyers
Medizinal-Lebertran-Emulsion
unter Zusatz der Hypophosphite von Kalk, Kali und Natrium.
Marke „Mutter Anna“. Flasche 2 Mk. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Biesolt & Lockes
Meissner Nähmaschinen
haben Weltrenomée!
* **Haupt-Niederlage bei**
M. Eberhardt, Mechaniker
Dresden, Marienstraße 14.
Reparaturen aller Systeme in eigener Werkstatt.

Wetterfeste Loden-Jagdbekleidung
Jagd-Anrüstung, Patronen
Größtes Spezial-Geschäft
Jos. Fiechl aus Tirol, Schloss-Strasse 23.

Lederwaren. Reise-Artikel.

Weitgehendste Auswahl in
Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren. **Adolf Näter**

Durch Umbau
ganz bedeutend vergrößert.
26 Prager Strasse 26.

Für eilige Leser.

Wutmaßliche Witterung: Mild, trübe.
Gestern Abend fand im Residenzschloß die königliche Landtagssitzung statt.
Dem Landtag ist gestern sofort nach seiner Eröffnung der Etat zugegangen.
Geh. Hofrat Dr. Erbstein ist gestern in Blasewitz gestorben.
Der Reichskanzler trifft nächste Woche in Berlin ein.
Herr v. Holstein dementiert die Angaben der „Post“ über sein Verhalten in der Marokko-Krise 1905.
Ein neues deutsch-belgisches Literatur-Abkommen ist unterschrieben worden.
In der Privatbeleidigungsklage Dr. Krenndt gegen die „Leipziger Volkszeitung“ wurde Termin auf den 9. November anberaumt.
Das Befinden des Kaisers Franz Joseph hat sich günstig gestaltet.
Der Marconi-Dienst für Preßtelegraphen zwischen Amerika und England hat gestern begonnen.
Das Wiener Landesgericht beschloß, die Gräfin Taranowska wegen Verdachts der Mithuld an der Ermordung des Grafen Komarowski an Italien auszuliefern.

Die Thronrede

Auf Eröffnung des sächsischen Landtags paßt sich in der ruhigen Sachlichkeit ihres Tones dem nüchternen Ernst der arbeitreichen parlamentarischen Tagung an, die unteren Ständen bevorzucht. Angenehm berührt die im Eingange angelegte persönliche Note, worin Se. Majestät der König mit herzlicher Wärme der guten und vertrauensvollen Beziehungen gedenkt, die sowohl zwischen ihm und seinen sächsischen Untertanen bestehen als auch zwischen der Regierung und der Bevölkerung zum Ausdruck kommen. Ein solches festes Vertrauensverhältnis zwischen Väter und Volk einerseits und zwischen der Regierung und der öffentlichen Meinung andererseits ist von jeher ein besonderer Vorzug unserer engeren Heimat gewesen und hat alle vorübergehenden Störungen amischwächt überdauert. Die Wechselwirkung dieses Vertrauens trat auch von jeher seit dem Bestehen der sächsischen Verfassung in den fast immer ungetrübten Beziehungen zwischen der Regierung und den Ständen zutage, wodurch es der sächsischen Volksoberleitung in ganz besonderer Maße ermöglicht wurde, die allgemeine Landeswohlfahrt pflanzgemäß zu fördern.
Dass auch der außerparlamentarische Kampfesdärm um die Wahlrechtsreform nicht imhinde sein wird, der fleißigsten Zusammenarbeit aller staatsbehaltenden Kräfte in dem diesmaligen Landtage zum Zwecke der Erreichung eines positiven Ergebnisses in der Wahlrechtsfrage anüberheißliche Gemüths zu bereiten, ist die Hoffnung und der Wunsch aller aufrichtigen sächsischen Patrioten. Nach dieser Richtung ist als gutes Vorzeichen der Umstand zu bezeichnen, dass der bisherige langjährige Präsident der Zweiten Kammer, Herr Geh. Hofrat Dr. Mehnert, mit einer überwältigenden Mehrheit, die der Einstimmigkeit gleichkommt, wiederum auf diesen Ehrenposten berufen worden ist. In dieser Einmütigkeit liegt fraglos ein hervorragendes Moment, das dem in der Thronrede ausgedrückten Vertrauen auf das Zusammenwirken aller Abgeordneten ohne Unterschied der Parteistellung zur Verwirklichung der Wahlreform eine beachtenswerte Unterstützung verleiht. Vermissten läßt die Thronrede jedweden Hinweis auf die Bereitwilligkeit der Regierung, ihrerseits die von den maßgebenden Parteien geltend gemachten Einwendungen gegen die Wahlrechtsvorlage zu berücksichtigen und das Maß ihres Entgegenkommens wenigstens andeutungsweise zu umgrenzen. Die angekündigte Vorlage über die Bezirksverbände wird abzuwarten sein, ehe ein Urteil darüber möglich ist, ob dadurch die so lebhaft beanstandeten Wahlen durch Kommunalverbände schwächer gemacht werden können. Die Regierung wird jedenfalls nicht um die Notwendigkeit herumkommen, sich bei erster Gelegenheit darüber zu äußern, inwiefern sie auf ihrem Entwurf unbedingt besteht und nach welcher Richtung sie Zugeständnisse zu machen gewillt ist. Nicht bloß für die Parteien, auch für die Regierung als in dieser Kompromittfrage der Grundlag, daß allen scharf schaltend die Verhandlungen über die Wahlrechtsreform beherrschen muß, wenn das von der Thronrede bezeichnete, aufs Innste zu wünschende Ziel erreicht werden soll. Die Freude aller sächsischen Untertanen an den staatlichen Einrichtungen zu befestigen und die berechtigten Wünsche zu befriedigen, die auf eine angemessene Beteiligung aller Schichten der Bevölkerung am Staatsleben gerichtet sind.“ Daß der „ernste Wille“ des Königs, die Wahlreform durchzuführen, in der Thronrede am Schluß der hierauf bezüglichen Ausführungen betont wird, darf nicht übersehen werden. In der vieljüngeren kurze dieses Hinweises scheint ein Hinweis darauf zu liegen, daß die Regierung sich mit einem ihr für ein künftiges Ergebnis nicht begnügen will, und eventuell auch nicht vor eventuellen Konsequenzen zurückzureden wird. Hoffentlich bleibt dem Lande durch die gleichmäßige einflussvolle Mitarbeit der Parteien sowohl wie der Regierung das äußerste Entscheidungsmittel erspart.
Im übrigen wird die Thronrede der Bedeutung der Wahlrechtsvorlage als des Mittelpunktes der diesmaligen Landtagsverhandlungen dadurch gerecht, daß sie sich darüber nach den einleitenden Worten an erster Stelle verbreitet. Als nächstwichtige Aufgabe wird die Verbesserung der wirtschaftlichen Lage der Beamten behandelt, die vornehmlich, wenn auch nicht allein, durch eine wesentliche Erhöhung der Wohnungsgeldzulasse herbeigeführt werden soll. Hand in Hand hiermit soll eine allgemeine Verbesserung der Dienstbezüge der Lehrer gehen, die vom vorigen Landtage selbst angedeutet worden ist. In sozialer Hinsicht sind die Gesekentwürfe über die Fürsorgeerziehung und die Rechtsverhältnisse der Bergarbeiter bemerkenswert. Namentlich ist die endliche gesetzgeberische Ermächtigung der Fürsorgeerziehung für Sachsen, das sonst in so vieler Hinsicht in kulturellen Fragen vorangeht, eine nationale Ehrensache. In diesem Punkte ist unsere enger Heimat von dem führenden preussischen Bundesstaate, der sich bereits eines sehr segensreich wirkenden Fürsorgegesetzes erweist, einmal ausnahmsweise überflügelt worden. Es ist zu hoffen, daß der neue Gesekentwurf vor den Augen unserer Landboten Gnade findet und nicht wieder, wie der frühere, unerledigt auf der parlamentarischen Stredeliebt. Während die Neuordnung des Vor- und Nachschulrechts im wesentlichen nur juristisches Interesse bietet, stellt sich in dem Kaisergesekentwurf ein wirtschaftliches Gesekungswert ersten Ranges dar, dessen Bedeutung an dieser und anderer Stelle wiederholt erwähnt worden ist. Es hat harte Arbeit gekostet, die so überaus schwierige und verwickelte Materie zum Abschluß zu bringen. Nur mit Hilfe von Zwischendeputationen, die emsig tätig waren, konnte die Bewältigung des umfangreichen Stoffes gelingen, der nun so weit gediehen ist, daß er als handlicher Gesekentwurf verabschiedet werden kann. Die Erzielung einer einheitlichen gesetzlichen Ordnung auf einem so fein verastelten Gebiete, das der Gesektechnik so ungewöhnliche Schwierigkeiten bereitet, wird für Sachsen einen erheblichen volkswirtschaftlichen Fortschritt und Gewinn bedeuten.
Bei einer so schweren Bewandlung der diesmaligen Session mit Arbeitsstoff mußte die Regierung sich notgedrungen die Frage vorlegen, ob sie es außerdem noch wagen dürfte, mit dem Entwurf eines Gemeindefeuergesetzes herauszukommen. Gewiß sprechen schwerwiegende Gründe dafür, endlich auch die Gemeindefeuereform ins Werk zu setzen, ohne welche die bereits durchgeführte staatliche Steuerreform immer noch der notwendigen Ergänzung aus der kommunalen Seite hin ermangelt. Ein solcher Entwurf ist indessen so verwickelt Charakter, in ihm kreuzen sich so vielfache Forderungen und Interessen verschiedener Art, daß er schlechterdings nicht anders als in größter Gründlichkeit erledigt werden kann. Es muß daher für ihn notwendigerweise eine Session abgewartet werden, die nicht, wie die vorliegende, mit noch dringlicheren Aufgaben von gleichfalls sehr tiefgründiger Art von vornherein überlastet ist. Selbst wer noch so lebhaft von der Notwendigkeit einer möglichst unverzüglichen Regelung des Gemeindefeuerechts überzeugt ist, wird sich doch angesichts des überfüllten Programms der diesmaligen Tagung der Einsicht nicht verschließen, daß die Regierung weise gehandelt hat, als sie sich in dieser Frage von dem Grundsatze leitete, daß in der Beschränkung sich erst der Meister zeigt. Für den nächsten Landtag würde aber die Vorlegung eines Gesekentwurfs über die Reform der Gemeindefeuern in erster Linie zu fordern sein. Als Vorarbeit hierzu wird der jetzige Landtag sich mit einer Vorlage über die besonders dringliche Reform des Kirchen- und Schulsteuerwesens zu befassen haben, die eigent-

lich einen Bestandteil der Gemeindefeuereform überhaupt bildet.
Es ist ohne weiteres klar, daß die in der Thronrede bezeichneten gesetzgeberischen Aufgaben in ihrer Gesamtheit, namentlich aber, soweit die Verbesserung der materiellen Lage der Beamten und Lehrer in Frage kommt, erhebliche Anforderungen an die Finanzkraft des Staates stellen. Der staatliche Ausgabebedarf, so verfährt die Thronrede, ist in fast allen Zweigen der Verwaltung mit der zunehmenden Bevölkerung und den fortschreitenden Kulturbedürfnissen von neuem sehr geiegen, und die unerbittliche Forderung daraus ist die Unmöglichkeit, die Ansprüche an die Steuerkraft des Landes herabzusetzen. Der jetzige, um 25 Prozent gegen den früheren erhöhte Einkommensteuerzins wird daher bestehen bleiben. Die Wiedereröffnung des alten, um 25 Prozent niedrigeren Tarifs ist zur Schimäre geworden! Das ist bitter für die Steuerzahler, aber ein Erwas, das sich nicht ändern läßt, zumal es nicht einmal mit Hilfe des jetzigen Tarifs gelingen ist, den Etat von Grund aus in finanzpolitisch gesunder Weise aufzustellen. Es haben vielmehr wiederum die Anwendungen für verschiedene unproduktive Bauten aus dem ordentlichen Etat, wo sie eigentlich hingehören, entfernt und in den außerordentlichen eingestellt werden müssen. Als weitere Gründe für die Beibehaltung des jetzigen Tarifs führt die Thronrede die erhöhten Ansprüche des Reiches in Gestalt von Militärbeiträgen und die nicht unbegrenzte Fortdauer der jetzigen guten wirtschaftlichen Verhältnisse an. Der erste Grund rückt mit erneuter Eindringlichkeit die schwere Beeinträchtigung der einzelstaatlichen Finanzwirtschaft durch das Reichsmatrixsystem in helles Licht. Unser Landtag wird sich sicher nicht enthalten, aus diesem Anlaß eine energische Kundgebung zu gunsten einer gründlichen Reichsfinanzreform, aber selbstverständlich ohne direkte Reichssteuern, zu veranstalten. Die Möglichkeit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Konjunktur ist dagegen Zukunftsmusik, von der man nur hoffen kann, daß sie noch recht lange nicht gehört werden möge. Einwände stellt die Thronrede selbst die Günst der allgemeinen Wirtschaftslage fest, unter der sich die Einnahmenseiten des Landes in erwünschter Aufwärtsbewegung befinden.“ Der wirtschaftliche Aufschwung aber ist eine der vielen Segnungen des Friedens, auf welche die Thronrede am Schluß Bezug nimmt. Wenn sie daher in dem Wunsche auslinat, daß diese Segnungen uns auch in der Zukunft erhalten bleiben mögen, so darf sie der ungeteilten Zustimmung aller Kreise der Bevölkerung sicher sein.

Monte Christo „der beste aller Nahrungsmittel-Geschäften erhältlich.“

Neueste Drahtmeldungen vom 17. Oktober.

Der Zustand Kaiser Franz Josephs
Wien. (Priv.-Tel.) Das „Wiener Fremdenblatt“ berichtet über das Befinden des Kaisers Franz Joseph: Der Kaiser verbrachte die heutige Nacht insofern starken Schmerzen fast schlaflos. Auch das Frühstück hat ungenommen, während die lazarhallischen Erscheinungen eine Besserung aufwiesen. Da sich beim Kaiser auch Appetitlosigkeit zeigte, so ist das subjektive Befinden heute ungenügender als gestern.
Zur Lage in Marokko.
Algier. Der französische Transportdampfer „Chamard“ ist hier eingetroffen. An Bord des Dampfers befindet sich der frühere Pascha von Casablanca Cu Meter, der nach Bou Saada gebracht und den dortigen Behörden übergeben werden soll.
Paris. (Priv.-Tel.) Die Blätter verzeichnen die Weigerung des Berliner Auswärtigen Amtes, Mulek Said's Sendlinge zu empfangen, als einen Beweis unfreundlicher Gesinnung Deutschlands.
Leipzig. (Priv.-Tel.) Hier wurde heute ein 18-jähriger Kaufmann namens Weber aus Berlin wegen zahlreicher verübter Einbrüche verhaftet. In seinem Besitz wurden Gold- und andere Wertgegenstände gefunden. Weber versuchte, sich der Verhaftung durch einen Sprung aus dem dritten Stock in ein offenes Fenster des Nachbarhauses zu entziehen. Die Polizei glaubt, einen guten Fang gemacht zu haben. Der Verhaftete scheint ein viel gefandter, gefährlicher Einbrecher zu sein.
Berlin. (Priv.-Tel.) Der Kaiser traf heute vormittag, von Hubertusburg kommend, im Automobil im Schloß Bellevue ein, wo die Prüfung des Prinzen Joachim anlässlich seiner für morgen bevorstehenden Einsegnung stattfand. Der Kaiser begab sich denn nach dem Berliner königlichen Schloße. Zur Einsegnung des Prinzen Joachim sind auch Prinz und Prinzessin Friedrich Karl von Hessen hier eingetroffen. Dem Kronprinzen wurden gestern im Ministerium des Innern durch Minister v. Nolke die Beamten des Ministeriums vorge stellt.

SLUB
Wir führen Wissen.